Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Breslauer Zeitung

№ 12. Montag den 12. Januar 1852.

Telegraphische Nachrichten.

Aachen, 10. Januar. Baze ist in Begleitung zweier französischen Polizeibeamten hier angekommen. Bedeau und Leflô sollen sich in Belgien aufhalten und Lamoricière nach Köln dirigirt worden sein.

Brüssel, 9. Januar, 8 Uhr Abends. Von den aus Ham entlassenen Gefangenen ist Leflô über Calais nach Dovre abgeführt worden. Changarnier ist Mecheln, Charras Löwen, Baze Aachen, Lamoricière Köln als Aufenthaltsort angewiesen. Polizei-Agenten begleiten sie dahin. Bedeau wird heute Abend mit dem letzten Zuge erwartet; Cavaignac weilt noch in Paris. Die neue Verfassung wird zwischen dem 15. und 20. mit den wichtigsten organischen Gesetzen publizirt werden. Die Pressen der „Opinion publique" sind wegen offen gelassener Censurlücken versiegelt worden.

London, 8. Januar. Ein Artikel der „Times" spricht über die Möglichkeit einer Invasion und die Unzulänglichkeit der Vertheidigungsmittel.

Preußen.

Berlin, 10. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Den königlich niederländischen Beamten: Fr. Corten, Mitglied der Provinzialstaaten des Herzogthums Limburg, und dem Generaladvokaten de Willebois, den rothen Adlerorden vierter Klasse; dem emeritirten evangelischen Lehrer Michael Schmidt zu Usczhauland, im Kreise Chodziesen, das allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Secondelieutenant von Massow II. des 5. Infanterieregiments, und den Bergleuten, Häuern Peter Joseph Hermanns und Mathias Walz aus Bank, im Landkreise Aachen, die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, von Dresden. Der Generalmajor und Kommandeur der 16. Division, von Bonin, von Trier. — Abgereist: Se. Excellenz der großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Ministerpräsident, Graf von Bülow, nach Schwerin. Der Generalmajor und Inspekteur der 4. Artillerie-Inspektion, Fidler, nach Koblenz.

[Militär-Wochenblatt.] v. Knorr, Major vom 23. Inf.Regt, zum Komdr. des 6. komb. Res.Bats. ernannt. Fischer, Oberst von der Armee, zum Inspekteur der 3. Ingen.Insp. ernannt, wobei derselbe bis zum Frühjahr in seinem Verhältniß als militärischer Begleiter des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen königl. Hoheit verbleibt. v. Bresler, Sek.Lt. vom 31. Inf.-Regt., nach seinem Patent ins 10. Inf.Regt., v. Hagen, Sek.Lt. vom letztgenannten Regt., ins 31. Inf.Regt. versetzt. Herwarth v. Bittenfeld, Oberst-Lieut. vom 2. Garde-Regt. zu Fuß, zum Komdr. des 31. Inf.Regts. ernannt. Krah, Hauptm. u. Train-Kontroleur vom I. Armeekorps, unter Beförderung zum wirkl. Hauptm., zum Train-Rendanten beim VI. Armeekorps ernannt. v. Wangenheim, Gen.Major und Direktor des allgem. Kriegs-Departements, einstweilen mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Kriegs-Ministeriums beauftragt. v. Olberg, Oberst und Komdr. des 31. Inf.Regts., mit Pension zur Disposition gestellt. v. Stockhausen, Gen.Lieut. u. Kriegs-Minister, mit Pension der Abschied bewilligt.

Berlin, 10. Januar. [Hof- und Personal-Nachrichten.] Mit dem General v. Bonin werden die Verhandlungen wegen Uebernahme des Kriegsministerii fortgesetzt. — Die Ernennung des Herrn Generals scheint ziemlich sicher. — Wie die N. Pr. Ztg. meldet, empfingen ihn Se. Majestät der König heute Mittag in längerer Konferenz.

Graf Fürstenberg-Stammheim ist hier eingetroffen.

Für die allernächste Zeit stehen zwar in Frankfurt Bundestagsverhandlungen von größerer Bedeutung nicht bevor, doch wird unser Bundestags-Gesandter, Hr. v. Bismark-Schönhausen, nicht allzulange von seinem Posten fern bleiben. (C. B.)

Von Seiten der General-Ordens-Kommission ist den beiden Kammern die Mittheilung zugegangen, daß Se. Majestät befohlen haben, daß die Feier des diesjährigen Krönungs- und Ordensfestes am Sonntag den 18. Jan. d. J. stattfinden soll. Zugleich sind die beiden Kammern aufgefordert worden, schleunigst eine namentliche Liste derjenigen Abgeordneten, welche mit preußischen Orden dekorirt sind, der General-Ordens-Kommission einzureichen, um deren befohlene Einladung zu dem Ordensfeste rechtzeitig veranlassen zu können.

Der Minister des Innern, Herr v. Westphalen, wird sich morgen nach Neustadt a. d. Dosse begeben, um das dortige Gestüt zu besichtigen.

Es ist jetzt bestimmter als je die Rede von der definitiven Besetzung des Ministeriums für landwirthschaftliche Angelegenheiten.

Se. Durchlaucht der kais. russ. Oberstlieutenant a. D. Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg ist aus Dresden und der großbrit. Kapitän und Kabinets-Courier Fendall aus St. Petersburg hier angekommen.

Der Graf v. Potocki, Mitglied des k. k. österr. Administrations-Rathes, ist aus Krakau kommend hier durchgereist.

Der großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Minister-Präsident v. Bülow ist nach Schwerin und der geh. Regierungsrath und Abgeordnete zur zweiten Kammer, Graf v. Ziethen, ist nach Paris abgereist.

Es sind hier eingetroffen: Armillet, kgl. sardinischer Kabinets-Courier, aus Turin; v. Berg, kais. russ. Gesandschafts-Sekretär und Kabinets-Courier, von London; v. Foelkersam, kais. russ. Gesandtschafts-Sekretär und Kabinets-Courier, von Paris.

Der an die Stelle des verstorbenen Hofpredigers v. Gerlach aus Thübingen hierher berufene Ephorus Hoffmann soll zu Ostern hier sein geistliches Amt antreten.

Der erst vor Kurzem in sein Amt als Bürgermeister in Potsdam eingeführte Regierungsrath Beyer wird die Verwaltung des Fürstenthums Waldeck übernehmen. Die Kommunalbehörden in Potsdam scheinen in ihrer Majorität den Kreisgerichts-Direktor Ebert in Naugard als Nachfolger des Regierungsrath Beyer zur Wahl stellen zu wollen. (N. Pr. Z.)

Berlin, 10. Januar. [Parlamentarisches.] Die nächste Woche wird den Kampf, der sich in der ersten Kammer bei der Berathung des Disciplinar-Gesetzes um die Minister-Verantwortlichkeit entspann, wieder aufleben lassen. Aus der Rechten dieser Kammer wird ein Antrag auf Abänderung des Art. 61 der Verfassung hervorgehen, welchem auch eine Anzahl Unterschriften von Mitgliedern der Mittelfraktion bereits zugesagt sein sollen. Dem Vernehmen nach hält die Bethmann-Hollwegsche Partei keines ihrer Mitglieder in dieser Frage für gebunden. Es scheint auch namentlich, daß die Führer der Fraktion einer Aufhebung des Art. 61 der Verfassung, sofern dieselbe nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgt, keineswegs entgegen sind. Die sophistische Deutung, welche zwischen „Versprechen" und „Vorbehalten" eine grundlose Unterscheidung aufzustellen bemüht ist, findet auf keiner Seite eine ungetheilte Billigung. — In der zweiten Kammer wird die vom Grafen Saurma und 154 andern Personen in Schlesien an die Kammer gebrachte Petition um Revision der Verfassung gleichfalls schon in der nächsten Woche die durch den Wentzel'schen Antrag beabsichtigte Diskussion anticipiren. Von 21 Mitgliedern der Petitions-Kommission haben nur 13 sich für eine Ablehnung der von den Petenten beantragten Revision erklärt. Sie haben der Kammer eine motivirte Tagesordnung dahin vorgeschlagen: „daß die von den Bittstellern beantragte Gesammt-Revision als der richtige Weg nicht erkannt werden kann, die Bittsteller aber einzelne Punkte und Bestimmungen, deren Aenderung auf verfassungsmäßigem Wege sie wünschen, nicht bezeichnet haben."

Was die mehrfach erwähnten bevorstehenden Anträge und Petitionen in den Kammern auf Errichtung oder Beförderung von Geld-Kredit-Anstalten anlangt, so möchte sehr bald ein Spezial-Antrag schlesischer Abgeordneten auf Errichtung einer Kredit-Anstalt für die Gebirgs-Kreise Nieder-Schlesiens, zur Unterstützung der Spinnerei, der Weberei und der Eisen-, Zink- und Kupfer-Produktion in der Art, daß den Besitzern solcher gewerblicher Etablissements gegen Verpfändung von Waaren, Fabrik-Anlagen &c. Darlehen gewährt würden, den Kammern vorgelegt werden. (C. B.)

Das „Preußische Wochenblatt" bespricht heute in seiner Wochen-Uebersicht den Antrag, welchen der Abg. Hansemann in der ersten Kammer bei Berathung des Disciplinar-Gesetzes eingebracht hatte. Es wiederholt die dort ausgesprochenen Ansichten des Abg. Mathis über „die dringende Nothwendigkeit" eines Minister-Verantwortlichkeits-Gesetzes, und über den engen Zusammenhang desselben mit dem Disciplinargesetz, und sucht das von der Fraktion Bethmann-Hollweg gegen den Antrag abgegebene Votum folgendermaßen zu motiviren: „Es war bedenklich hier bei der Berathung eines besonderen Gesetzes, welches schon in der zweiten Kammer discutirt war, durch ein Amendement die Frage über das Minister-Verantwortlichkeitsgesetz entscheiden zu wollen; die Minister hätten sich durch die eventuelle Beseitigung dieses Amendements, wenn die gesammte Opposition dasselbe adoptirt hätte, leicht zu der Auffassung verleiten lassen können, als wünsche die Majorität des Hauses kein solches Verantwortlichkeitsgesetz und seien sie der Pflicht, ein solches vorzulegen, damit entbunden. Dieser Gefahr war es nothwendig vorzubeugen." Dann giebt das Wochenblatt der Abstimmung der genannten Fraction eine Interpretation, von der wir Akt nehmen: „Wenn der Hansemann'sche Antrag gewissermaßen ein Mißtrauen zeigte, daß die Minister nicht daran dächten, selbst ein Gesetz über die Minister-Verantwortlichkeit vorzulegen, so war dem entgegen zu treten, um zu zeigen, daß man der bestimmten Ansicht wäre, die Regierung müsse in dieser Session noch ein solches Gesetz vorlegen; diese Meinung aber dürfte nichts weniger als besonderes Vertrauen zum Ministerium beweisen, sie beruhte vielmehr nur darauf, daß, wie ein Redner der Kammer sagte, es völlig unglaublich wäre, daß die Regierung diesen Schritt nicht noch in der gegenwärtigen Session thue. Denn in der That nur zwei Gründe giebt es für eine solche Annahme, entweder die Regierung will die Verfassung nicht ausführen, die solches Gesetz verlangt, oder sie fürchtet das Gesetz. So wenig sind wir daher der Meinung eines Redners der rechten Seite der ersten Kammer, daß die Einbringung dieses Gesetzes das unverantwortlichste Gesetz wäre, welches jetzt eingebracht werden könne, daß wir es für Pflichtvergessenheit halten müßten, wenn die Minister dieser mit aller Entschiedenheit an sie gestellten Anforderung nicht genügten. Die Minister werden nicht vermeiden können, über ihre Absichten eine unzweideutige Erklärung zu geben, wonach sich richten wird, was in dieser Frage weiter zu thun ist."

Gestern hat sich die Central-Budget-Kommission konstituirt, und den Abg. Grafen Arnim-Boitzenburg zum Vorsitzenden, den Freiherrn v. Zedlitz-Neukirch zum Schriftführer erwählt. Es verdient bemerkt zu werden, daß die ganze linke Seite des Hauses unter den 18 Mitgliedern dieser überaus wichtigen Kommission nur durch zwei Abg. (v. Pochhammer und Gamradt) vertreten ist, obgleich die beiden Fraktionen dieser Seite ungefähr 120 hier anwesende Mitglieder zählen.

An die Stelle des Abgeordneten v. Goertz, der bekanntlich sein Mandat niedergelegt hat, ist in die Kommission zur Prüfung des Beselerschen Antrags der Abg. Graf Dyhrn, in die Finanzkommission der Abg. v. Byern gewählt werden.

Der Bericht des Abgeord. Dücsberg über den Vertrag mit Hannover fügt zu seinem Antrage, die hohe Kammer wolle den Vertrag genehmigen, folgende Schlußbemerkungen hinzu: „Je dankbarer die Kommission bei dieser Veranlassung anerkennt, daß die staatswirthschaftlichen Grundsätze, welche für den auf der Zollgesetzgebung von 1818 beruhenden Zollverein bisher leitend gewesen und in dem gedachten Vertrage von neuem bestätigt worden sind, wesentlich zur Entwikkelung des einheimischen Gewerbfleißes und zur Förderung der allgemeinen Landeswohlfahrt beigetragen haben, um so mehr hält sie sich verpflichtet, auch hier die Ueberzeugung auszusprechen, daß nur durch besonnenes Festhalten an diesen Grundsätzen ohne Hinneigen zu Extremen nach der einen oder andern Seite hin, die wahren Interessen des Landes sowohl, als der mit ihm zu

einem gemeinsamen Zoll- und Handelssystem vereinigten deutschen Staaten gewahrt und die zwischen diesen Staaten geknüpften Bande unter gegenseitiger, aufrichtiger und gewissenhafter Beachtung der allgemeinen, wie der besondern Interessen des jetzt einer neuen Erweiterung entgegengehenden Vereins immer mehr befestigt und in ihren Wirkungen segensreich entwickelt werden können, und daß nur auf einer solchen Grundlage ein Verein unabhängiger Staaten möglich sei. Die Kommission trägt deshalb darauf an:

daß die Kammer ihre Uebereinstimmung mit dieser Ansicht ausdrücklich erklären wolle."

In der ersten Kammer haben sich in den letzten Tagen folgende Kommissionen konstituirt: 1) Die Kommission für die Justiz-Gesetze, am 6. Januar, bestehend aus den Abgeordneten Bode (Vorsitzender), Grein (Stellvertreter des Vorsitzenden), Goltdammer, Schriftführer, Lympius, Stellvertreter des Schriftführers, v. Gerlach, Heitmann, v. Motz, Ulrich, Dr. Cottenet, Forst, Costenoble, Heffter, Kisker, Gr. zu Dohna, Roesler. 2) Die Kommission zur Erwägung des Antrags des Abgeordneten v. Gaffron auf Abänderung des Art. 78 der Verfassungsurkunde; des Antrags des Abgeordneten Dr. v. Zander auf Abänderung des Art. 62 der Verfassungsurkunde; des Antrags des Abg. Dr. Klee auf Abänderung des Art. 85 der Verfassungsurkunde und des Antrags des Abg. v. Ploetz auf Abänderung der Art. 73, 76 und 99, der Verfassungsurkunde, am 7. Januar, bestehend aus den Abgeordneten: Dr. Brüggemann (Vorsitzender), v. Gaffron (Stellvertreter des Vorsitzenden), v. Trotha (Schriftführer), v. Brand-Lauchstädt, v. Ploetz, Schlieper, Karsten, Kühne, v. Merkel, Dr. v. Düesberg, Frhr v. Manteuffel, Meyer, v. Schmatkowski, Seeger, Dr. v. Zander. 3) Die Kommission zur Erwägung der Anträge der Abgeordneten v. Kleist-Tychow und Graf Itzenplitz auf Abänderung der Art. 40 u. 41 der Verfassungs-Urkunde und des Antrags des Abg. Dr. Klee auf Erlaß eines Gesetzes wegen Wiederherstellung der Steuerfreiheiten der Kirchenbeamten und Schullehrer, am 7. Januar, bestehend aus den Abgeordneten: v. Ploetz, Vorsitzender, v. Kleist-Tychow, Stellvertreter des Vorsitzenden, v. Buddenbrock, Schriftführer, Graf v. Burghauß, Graf zu Solms-Baruth, Graf zu Fürstenberg-Stammheim, Graf v. Herteseld, Frhr. v. Seydlitz, v. Katte, v. Küster, Denzin, Graf v. Schweinitz, v. Witzleben, Fürst Reuß, Stünzner.

Das Gesetz wegen Ausgleichung der Grundsteuer wird in Kurzem den Kammern vorgelegt werden. Wie verlautet, wird die Ausgleichung durch Entschädigung der bisher Berechtigten bewirkt werden. (N. Pr. Z.)

Berlin, 10. Januar. [Zur Tageschronik.] Seitens mehrerer provinzieller evangelisch kirchlicher Vereine bereiten sich Petitionen an die Staatsregierung vor, welche den Zweck haben, die Anordnung von zwangsweisen Taufen solcher Kinder, welche von ihren Eltern zu keiner der anerkannten Religionsgesellschaften gehörig gemeldet werden, bei dem Ministerium zu beantragen. Man hat die Ansicht, daß eine solche Maßregel allein im Stande sei, die Deutschkatholischen und freien Gemeinden wirksam zu hemmen. — Dem hiesigen königl. Polizei-Präsidium ist für das laufende Jahr ein Mehr von 10,000 Rtlr. überwiesen worden, um damit Kräfte zu gewinnen, die die in den Büreaus beschäftigten Schutzmänner ersetzen und es möglich machen, diese Schutzmänner dem exekutiven Dienst zurückzugeben.

Trier, 7. Jan. [General Bonin.] So eben vernehmen wir, daß General v. Bonin gestern Abend in Folge eines ihm zugegangenen Kabinetsschreibens nach Berlin abgereist ist. Wenn verschiedene Blätter versichern, derselbe sei nicht zum Nachfolger des Herrn v. Stockhausen bestimmt, so scheinen diese nicht eben gut unterrichtet zu sein. Wir haben vielmehr allen Grund anzunehmen, daß General v. Bonin zur Uebernahme des Portefeuille des Kriegsministeriums allerhöchsten Orts designirt ist, eine Wahl, zu der wir der Armee nur Glück wünschen können. Herr v. Bonin ist einer unserer tüchtigsten Generale, das hat er in neuerer Zeit wiederum in Schleswig-Holstein bewiesen. Sein Scheiden von Trier wird aber auch von unserer Bevölkerung bedauert werden, da er sich die ungetheilte Hochachtung und Verehrung aller derer zu erwerben wußte, die mit ihm in Berührung kamen. (Elberf. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 8. Januar. [Diplomatisches. — Vermischtes.] Während der Abwesenheit des königlich preußischen Bundestags-Gesandten, geheimen Legationsrath v. Bismark-Schönhausen, führt Graf Thun die preußische Stimme. Der kgl. preuß. Bundestagsgesandtschaftsrath Legationsrath Wentzel wird die Geschäfte der Legation besorgen. — General Flahaut, der Botschafter Frankreichs in außerordentlicher Mission an die süddeutschen Höfe, wird auf seiner Durchreise dieser Tage hierher kommen. — Alexander Dumas und Victor Hugo haben an Gesinnungsgenossen, welche sich hier aufhalten, geschrieben, daß sie, im Falle sie aus Brüssel ausgewiesen würden, hierher übersiedeln und das nahe Homburg zu ihrem Aufenthaltsorte erwählen würden. — Der von der Polizei aufgelöste „Gutenbergsbund" hat an den Senat die Bitte gerichtet, man möge ihm noch eine letzte Generalversammlung gestatten, um seine Geldverhältnisse zu ordnen und sich in einen Unterstützungs-Verein umzuwandeln. Wie wir vernehmen, ist in der heutigen Rathssitzung dieser Bitte gewillfahrt worden. — Die Kriminal-Untersuchung wegen der am 27. Dezember abgehaltenen „Turnversammlung" soll in Kürze eingeleitet werden, da man bei der Haussuchung Papiere gefunden haben soll, die auf eine weitverzweigte hochverrätherische Verbindung schließen lassen. — Die von süddeutschen Zeitungen als nahe bevorstehend gemeldete Beendigung der kurhessischen Verfassuugsfrage dürfte sich als ein Irrthum erweisen. So viel bekannt, ist diese Angelegenheit noch nicht im Bundestage zur Sprache gekommen; wenn aber auch ein darauf bezüglicher Antrag bereits gestellt wäre, so würde solcher immer noch die drei Stadien des Gutachtens des politischen Ausschusses, der Instruktions-Einholung und endlich der Abstimmung durchzumachen haben, und hierzu ist der Regel nach ein Zeitraum von mindestens 8 Wochen erforderlich. (N. Pr. Z.)

Ein Korrespondent der Pr. Ztg. erklärt die von einigen Blättern gebrachte Nachricht, daß die Bundesmilitärkommission die Erbauung einer Kaserne in Hamburg auf Bundeskosten beabsichtige für unbegründet, indem er die sachgemäße Bemerkung hinzufügt, daß schon der Zustand der Bundesfinanzen der Ausführung jener Idee nicht eben sehr günstig sei. — Sämmtliche Vorsteher der polizeilich aufgelösten Vereine, so wie viele Mitglieder derselben sind, dem Fr. J. zufolge, von hier ausgewiesen worden, und müssen meist bis heut Mittag Frankfurt verlassen haben. — Dem Schw. M. wird mitgetheilt, daß man sich in hiesigen Handelskreisen von einer sehr belangreichen Finanzoperation unterhalte, womit der neue österreichische Finanzminister v. Baumgartner den Antritt seines Amtes zu bezeichnen gedenke. Es soll sich von einem Anlehen in Silber handeln, das auf auswärtigen Plätzen unterhandelt werden soll, um mit Hülfe desselben die österreichischen Geldverhältnisse, namentlich in Bezug auf das Papiergeld, wieder zu ordnen.

München, 7. Januar. [Interpellation.] In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten, in welcher mehrere Vorträge erstattet wurden, ohne daß aber eine Berathung stattgefunden hätte, interpellirte Abg. Prell den Minister des Innern bezüglich der jüngsten Verhaftungen durch die Polizeidirektion München. Der Sachverhalt, den diese Anfrage begründete, ist in Kurzem folgender. Früher bestand hier ein Wanderunterstützungsverein, der nach kurzem Bestande im Juli 1849 von der Polizei aufgelöst wurde. In einer seiner letzten Sitzungen, welcher einige Polizeikommissare beiwohnten, traf derselbe die Verfügung, daß sein aus etwa 1000 Fl. bestehendes Vermögen dem Rechtsconcipienten Mayerhofer zu beliebigem Gebrauch überlassen wurde. Dieses Vermögen machte die Polizei zum Gegenstande einer Recherche und nahm zuerst dem Mayerhofer eine Obligation von 500 Fl. weg, obwohl dieser erklärte, daß dieselbe sein Privateigenthum sei. Hierauf wurde Mayerhofer und Knorr, ein anderes ehemaliges Ausschußmitglied jenes Vereins, verhaftet, und Beiden angedroht, daß sie bis zur Herausgabe jenes Vermögens in Haft gehalten würden. Nach mehreren Tagen wurde Knorr freigegeben, Mayerhofer aber ist zur Stunde noch in polizeilicher Haft. Da diese Maßregeln eine Ueberschreitung der Amtsgewalt und eine widerrechtliche Gefangenhaltung involviren und der Interpellant vernimmt, daß das Staats-Ministerium dem gekränkten Rechte Genugthuung verschaffen und die Wiederkehr solcher Gewaltmaßregeln unmöglich machen werde, so stellt er folgende Anfrage: „1) Ob dasselbe von dem angezeigten Vorfalle Kenntniß habe; 2) ob es gesonnen sei, schleunigst Anordnung zu treffen, daß Mayerhofer seiner Haft entlassen würde." Der Minister des Innern erwiderte hierauf, daß er auf die Beantwortung dieser Anfrage aus folgenden Motiven nicht eingehen könne, weil sie erstlich in einer Fassung eingebracht seien, die eine Beantwortung aus formellen Gründen als unzuläßig erscheinen lasse, weil zweitens der Interpellant nicht berechtigt sei, in den Gang einer polizeilichen Untersuchung einzugreifen, und endlich drittens, weil er Interpellationen keine Einwirkung auf die Ausübung von Amtspflichten zugestehen könne. Prell entgegnete, daß das Ergebniß der von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten strafrechtlichen Untersuchung die Wahrheit der von ihm berichteten Thatsachen bekunden werde. Die Kläger sollen daran denken, die Sache direkt an den unabhängiger gestellten Untersuchungs-Richter zu bringen. Mit welchem Erfolge, wird die Zeit lehren. (D. A. Z.)

Karlsruhe, 7. Jan. [Ueber das Treiben der deutschen Flüchtlinge und Arbeiter in dem westlichen Theile der Schweiz] hat unsere Staats-Regierung genaue Nachforschungen angestellt und die auf durchgängig guten Quellen beruhenden Berichte durch einen höheren Beamten zusammenfassen und abdrucken lassen. Die hierdurch gewonnenen Aufschlüsse sind höchst interessant; sie gewähren einen tiefen Blick in die Absichten und Aussichten der sich feindlich gegenüberstehenden sogenannten blauen Republikaner und Socialisten, und tragen dazu bei, den Ekel vor den Bestrebungen der letzteren zu vermehren, während das Mitleid für die ersteren zu Tage tritt. Die Einrichtungen der Clubbs, ihre Versammlungsörter, ihre Satzungen sind genau beschrieben, die vornehmsten Theilnehmer mit Bezeichnung ihrer Wohnungen namentlich aufgeführt, und vielfach höchst bezeichnende Aeußerungen derselben mitgetheilt. Eine Beschreibung der am 9. November v. J. in Genf abgehaltenen Todesfeier Robert Blum's ist insbesondere lesenswerth, da sie eine Vereinigung der beiden Flüchtlings-Parteien bezweckt, aber durch die tollen Reden der Kommunisten Dronke, Bauer und Schilly gerade das Gegentheil erzielte und mit einer rohen Prügelei, die bis auf die Straße fortgesetzt wurde, endigte. Am Schlusse des Promemoria sind Vorschläge enthalten, wie sich die deutschen Regierungen gegen die Emissäre der Flüchtlinge sichern sollen, insbesondere wird den Beamten manche gute Lehre in Bezug auf ihr Verhalten zu den Verwalteten gegeben. (Köln. Z.)

Dresden, 9. Januar. [Die Kammern.] Unsere Kammern bewegen sich zur Zeit immer noch um minder wichtige Dinge, deren Aufzählung nicht einmal der Mühe lohnt. Dabei setzen sie Tage lang die Sitzungen aus. Eines Theils fehlen die Regierungs-, andern Theils die Deputations- (Kommissions-) Vorlagen. Für nächste Woche ist Aussicht auf mehr Leben gemacht worden. (N. Pr. Z.)

Kassel, 6. Januar. [Ueber die gegenwärtigen finanziellen Verhältnisse des Kurstaates] schreibt man der D. R. Z. von hier: Wir sind jetzt auf dem Punkte angekommen, daß der Finanzminister sich außer Stande sieht, der Kriegskasse, die sonst nicht gerade stiefmütterlich bedacht wird, diejenigen Fonds zu überweisen, welche erforderlich sind, um das für die kurhessische Armee nöthige Brot zu bezahlen. Nur durch künstliches Hinaufschrauben der Staatseinkünfte, namentlich aus den Forsten, ist es möglich gewesen, die für Gehalte und Pensionen nöthigen Summen flüssig zu erhalten. Wenn indessen nicht innerhalb dreier Monate Rath geschafft wird, so dürfte auch diesem Theile des Ausgabe-Etats nicht mehr genügt werden können. Auch fangen schon die eigenen „Bundesgenossen" an, ungeduldig zu werden. Baiern, welches nach der Erklärung seines Ministerpräsidenten die Intervention in Kurhessen lediglich im Interesse der von ihm befolgten deutschen Politik unternommen, nichtsdestoweniger aber Kurhessen eine Kostenrechnung von 2 Mill. Fl. gemacht hat, läßt wiederholte und dringende Mahnungen ergehen. Oesterreich ist zwar nicht so undankbar, die Verlegenheit des Herrn Hassenpflug in einem so kritischen Moment noch zu steigern. Aber gezahlt muß darum immer werden, wenn auch ein paar Monat später. Neben diesen Summen, um welche die „Verbündeten" des Kurfürsten den Staatsschatz leichter zu machen sich anschicken, hat man noch bedeutende Zahlungsverbindlichkeiten gegen den Bundestag, gegen die Herren Rothschild und Manché, und in tausend und aber tausend kleineren Beträgen gegen die Gewerbtreibenden des Landes für Lieferungen an den Staat, namentlich die Eisenbahn zu erfüllen. Daß unter solchen Verhältnissen nichts geschehen kann zur Hebung der Industrie oder für bauliche Einrichtungen, liegt auf der Hand. Nicht einmal die kurze Strecke, welche Kurhessen zum Anschluß an die hannoversche Bahn zu bauen hat, kann ausgeführt werden. Vergebens hat das hannoversche Ministerium auf den Grund abgeschlossener Staats-Verträge einen alsbaldigen Beginn des Baues begehrt: wo Nichts ist, hat der Kaiser das Recht verloren. Um den Bau der Bahn, für welche Hannover ein naheliegendes Interesse hat, dennoch zu Stande zu bringen, hat das jenseitige Ministerium sich erboten, auch den kurhessischen Theil der Bahn auszuführen, und zwar unter den annehmbarsten Bedingungen. Auch das ist abgelehnt worden. Es ist oben erwähnt worden, daß man nicht einmal das Brot für die Soldaten bezahlen könne. Ist es wohl zu glauben, daß man trotz alledem, wieder ein Bataillon Schützen als Füsiliere umkleiden läßt? — Aus Fulda wird dem Fr. J. geschrieben, daß die preußische Regierung jetzt 16,000 Thlr. angewiesen habe, durch welche die Liquidationen für erlittene Beschädigungen an Häusern, Gärten und Feldern, sowie für Fourage und Fuhrenlieferung berichtigt werden sollen.

Dänemark.

♂ **Kopenhagen**, 6. Januar. [Die Schleswig-Holstein-Frage.] In diesem Augenblicke befindet sich der Staatsrath für die ganze Monarchie hier, nachdem Graf Reventlow-Criminil aus Kiel und Bardenfleth aus Flensburg, in Begleitung des Herrn von Bille, hier angelangt sind. Wie man hört, sollen im Laufe des

Sommers neue Notabeln zusammenberufen werden, um über die Ordnung und Organisation des Gesammtstaates ein Gutachten abzugeben. Bis dahin soll, außer dem Zusammentritte der Provinzialstände, im Uebrigen Alles in statusquo verbleiben. Den vielen Versionen gegenüber, welche die Frage gelöst sein lassen, glaubten wir auch obige geben zu müssen, welche in einem hiesigen sonst gutunterrichteten Blatte enthalten ist. Täuschen nicht alle Anzeichen, so enthält die getroffene Vereinbarung nur vorerst die Grundzüge der künftigen Organisation der dänischen Monarchie. Allein erinnert man sich, daß dieselben auch schon in den berliner Friedenspräliminarien enthalten waren, so muß man sich gestehen, daß wir hiemit im Grunde abermals nicht weiter gekommen sind. Und welche Instanzen haben diese Grundzüge bis zu ihrer Verwirklichung noch durchzumachen! In Dänemark müssen sie vorerst noch vor das Forum des Staatsraths, der beiden Thinge, des Thrones treten, und in Deutschland vor das des Bundestages, von wo sie den europäischen Mächten vorgelegt werden müssen. Wir reden hierbei noch gar nicht von dem Volke Schleswig-Holsteins und Deutschlands, welches doch am ersten ein Wort mitzureden hätte, denn von den Völkern ist jetzt überall die Rede nicht mehr.

Wir stehen also noch immer auf der Schwelle des Anfangs und sollte auch diese überschritten werden, so ist die so weit geführte Schlichtung des Streites doch nur eine provisorische, wie jetzt alle unsere Zustände blos provisorische sind. Wir unterlassen nicht, noch das Gerücht mitzutheilen, daß Dänemark alles Ernstes an Deutschland die Zumuthung gestellt, daß, wolle man Holsteins engere Verbindung mit Schleswig, diese nur durch Verzicht auf eine engere Verbindung Holsteins mit Deutschland erkauft werden könne. Wir können den Gedanken nicht fassen, daß man von Seiten der Wahrer der deutschen Ehre nur entfernt hierauf eingegangen sein kann; und doch liegt dies im Begriffe des Gesammtstaates, dem auch Berlin und Wien als ihrem Ideale nachjagen. Wir werden einmal eines schönen Morgens aufstehen und ein neues Elsaß erleben. Unsere Diplomaten haben bereits Deutschland klein gemacht; es soll aber noch kleiner werden.

In Betreff des neuen Arrangements erfahren wir noch, daß Herr v. Manteuffel seinen früheren Vorschlag, welchem zufolge den Schleswigern es frei stehen soll, sowohl die kopenhagener wie die kieler Universität zu besuchen, auch diesmal noch sehr befürwortet habe.

Der wiederzusammengetretene Reichstag enthält sich jetzt jeglicher Einmischung in des Kabinets auswärtige Politik. Dänemarks Volk hat Ursache, mit seinen Staatsmännern zufrieden zu sein. Die Versicherung des Ministers des Auswärtigen, „der Schleswigholsteinismus habe sein Ende erreicht," genügt ihm und die Vertreter Deutschlands lassen ihn richtig Wort halten.

Im Volksthing ist wieder Andrä und im Landsthinge Bruun zum Vorsitzenden gewählt. Die Berling'sche enthält Dänemarks Handelsbewegung im Jahre 1850, woraus zu ersehen, daß sich Kopenhagens Handel auf Kosten des armen Schleswig bedeutend gehoben. Auch nach Preußen führt jetzt unsere Hauptstadt bedeutend aus, wie geräucherte Fische 220,000 Pfd., Reis 1,625,000 Pfd., Thran 7200 Tonnen, ferner Farbehölzer, Salz u. s. w.

Oesterreich.

*** Wien,** 10. Januar. [Tagesbericht.] Vorgestern ist Feldmarschall Fürst Windischgrätz hier eingetroffen, auch der Minister Baron Kulmer, welcher zur Herstellung seiner Gesundheit mehrere Monate in Dresden in völliger Zurückgezogenheit lebte.

Die Nachricht von der vollkommenen Lösung der dänisch-deutschen Frage war voreilig. Die letzte Sendung dänischer Bevollmächtigter nach Wien und Berlin führte nur zu dem Resultate, daß Preußen und Oesterreich ihre Bedingungen für eine Ausgleichung in eine strikte und definitive Form brachten. In der ständischen Frage der Herzogthümer wird deutscherseits nichts nachgegeben. Eben so wird allen Bestrebungen mit Festigkeit entgegengetreten, welche auf eine Inkorporation Schleswigs in Dänemark abzielen. Vor Entscheidung dieser Frage werden die Bundestruppen aus Holstein nicht zurückgezogen. — In gut unterrichteten Kreisen will man wissen, daß von Seite der Militärbundeskommission an einige in Hamburg anwesende höhere Offiziere der Auftrag erging, sich nach einem passenden Platze umzusehen, der zur Erbauung einer großen Kaserne auf Bundeskosten geeignet wäre. Demnach würde also Hamburg für immer mit einer Garnison von Bundestruppen belegt werden.

Man designirt einen der Söhne des Erzherzogs Rainer zum Civil- und Militär-Gouverneur von Galizien. Der jetzige Statthalter Graf v. Goluchowsky soll einen Gesandtschaftsposten in Rußland erhalten.

Bei der hiesigen Zollkonferenz wird auch der Antrag wegen Abänderung des Münzfußes, sowie der Fortbestand der deutschen Flotte erörtert. Was die erste Frage betrifft, so ist selbe bei dem Finanzministerium schon vor längerer Zeit in Berathung gezogen worden und ist die Ausprägung von Slbergeld bis zur Entscheiduug darüber sistirt.

Aus Mailand vom 4. d. wird berichtet: Die Angelegenheit der Sechskreuzerstücke ist in die schon früher prophezeite Phase getreten. Blutige Händel sind in diesen Tagen an vielen Orten wegen der Nichtannahme dieser Scheidemünze zwischen Krämern und Personen aus der niedern Volksklasse vorgekommen, deren Wiederholung in drohender Ausdehnung entgegengesehen wurde, da man noch am 3. d. den Arbeitern in dieser Münzsorte ihren Wochenlohn ausgezahlt hat, während dieselbe doch schon um 30 pCt. im Course gesunken war, und im kleinen Verkehr nur mit Mühe zu 1½ Soldo Verlust per Stück untergebracht werden konnte. Die unbillige Spekulation einiger Privaten, das Land mit einer Valuta zu überschwemmen, die eben wegen ihres mit dem Papiergeld im Verhältniß stehenden Prägegehaltes für andere Provinzen als proportionelle Scheidemünze war bestimmt worden, und das müssige Zusehen der Lokalbehörden bei einem gewissenlosen Spiele, das auf Kosten der ärmern Schichten der Bevölkerung einigen hartherzigen Geldspekulanten den Gewinn von 25 bis 30 pCt. abwirft, trägt jetzt schon seine zerrüttenden Folgen. Am 4. d. wurden diese Geldstücke statt für 7½ Soldi oder 30 Centesimi nur mit Mühe für 5 Soldi oder 20 Centesimi untergebracht.

Frankreich.

*** Paris,** 8. Januar. [Tagesbericht.] Die neuesten Dekrete in Betreff der Entfernung des demokratischen Wahlspruchs „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" haben auf die Faubourgs schlechten Eindruck gemacht. So wenig Wahrheit diese Phrase hat, so galt sie der arbeitenden Klasse als etwas Wesentliches; gerade wie sie sich jetzt auf die Republik noch etwas zu Gute thut. Die Bourgeoisie denkt jetzt nur an ihre materiellen Interessen und kümmert sich nicht mehr um Phrasen, die keinen Sinn mehr haben. Eine Maßregel, welche auf die Arbeiterbevölkerung einen eingreifenderen Eindruck machen würde, wäre die, daß alle associations fraternelles sich auflösen müßten. Es ist wohl hervorzuheben, daß es hier unter vielen Gewerken Associationen giebt, die gut vorangekommen, und durch Thätigkeit und Eifer die Konkurrenz zu behaupten wußten. Eine Auflösung der National-Garde in allen großen Städten steht bevor. Ueber ihre neue Organisation weiß man noch nichts Gewisses.

Die Opinion publique ist heute wegen ihrer gestrigen Censurlücken auf Befehl des Gouvernements unterdrückt worden. — Lord Normanby reist morgen nach England, wird wahrscheinlich aber bald zurückkommen.

*** Valenciennes,** 9. Jan. [Changarnier, Baze und Charras], die berühmten Gefangenen von Ham, wurden heut unter falschem Namen, Jeder in Begleitung eines Polizeiagenten hier durchgeführt. Vermuthlich werden sie nach der Grenze gebracht.

Großbritannien.

London, 8. Jan. [Ministerkombinationen. — Die Konstitution für die Kapkolonie. — Der Streit der Maschinen-Arbeiter. — Vermischtes.] Die ministerielle Krisis, welche mit dem Austritt Lord Palmerston's begann, hat seit 14 Tagen zu mannigfachen Berathungen und Modifikationsplänen geführt. Seit dem vorigen Abend sind wieder neue Gerüchte von Ministerkombinationen im Umlauf; das verbreitetste ist folgendes: Sir J. Graham kam gestern eigends nach London, um mit Lord John Russell zur Bildung eines konservativ-whiggistischen Kabinets zu unterhandeln. Das Resultat soll folgendes sein: Lord Lansdowne, Lord Broughton, Mr. Labouchere und Sir J. Baring treten aus, und werden ersetzt durch Sir James Graham, als erstem Lord der Admiralität, den Herzog von Newcastle als Präsidenten des Kontrol-Kollegiums, durch Sidney Herbert als Armee-Zahlmeister, mit einem Sitz im Kabinet, und Mr. Gladstone als Präsidenten des Handelskollegiums. Für den Konseilspräsidenten Lord Lansdowne sei noch kein Nachfolger gefunden.

Dem um 2 Uhr in Forreign Office gehaltenen Minister-Konseil wohnten alle Mitglieder des Kabinets bei, zugleich bemerkt der Globe, daß die Gerüchte von bevorstehenden Kabinets-Modifikationen, welche in Umlauf gebracht würden, irre gehen.

Folgendes sind die Hauptmomente der neuen Konstitution für die Kapkolonie: Das Parlament besteht aus dem Gouverneur der Kolonie, dem legislativen Konseil und dem Repräsentantenhause. Das legislative Konseil besteht aus dem Oberrichter, als dem Präsidenten und 15 gewählten Mitgliedern, 8 für den westlichen und 7 für den östlichen Distrikt. Von den für das erste Konseil gewählten Mitgliedern ziehen sich nach Verlauf von 5 Jahren, diejenigen 8, welche die geringste Stimmenzahl für sich hatten, zurück. Die andern 7 nach Ablauf von 10 Jahren. In der Folge wird die Wahl blos alle 10 Jahre vorgenommen, außer dem, daß das Konseil vom Gouverneur aufgelöst wird. Jedes Mitglied muß wenigstens 30 Jahre alt sein, unverpfändetes Eigenthum im Werthe von mindestens 1000 Pfd. St. besitzen. Das Repräsentantenhaus ist aus 46 Mitgliedern, die für 5 Jahre gewählt werden, zusammengesetzt. Jeder Wähler ist auch fähig, gewählt zu werden. An der Seite des Präsidenten figurirt ein aus 7 Mitgliedern zusammengesetztes Komitee. Das Haus wählt seinen Sprecher (Präsidenten.) Vertretungsrecht: Jedes männliche Individuum, welches für eigene Rechnung binnen zwölf Monaten bis zum Tage der Wahlvermerkung ein Haus im Werthe von 25 Pfd gemiethet hat, ist zur Wahl für beide Häuser berechtigt. Dienstleute und sonst für andere Angestellte sind in solchen Fällen ausgeschlossen. Das vorgeschriebene Alter, um Wähler zu sein, ist 21 Jahr. Er muß entweder als britischer Unterthan geboren sein, oder wenn er vor 1806 holländischer Bürger war, britischer Unterthan geworden sein, oder endlich das englische Bürgerrecht durch Naturalisation erlangt haben. Kolonialbeamte im Dienste der Krone dürfen nicht mitwählen, desgleichen überwiesene Verbrecher, sie müßten denn begnadigt worden sein. Die Wahl fürs Konseil geschieht vor der Wahl fürs Repräsentantenhaus. Sitzungen. Der Gouverneur hat den Ort und den Tag zu bestimmen, wo beide Häuser binnen 12 Monaten sich zu versammeln haben. Das Parlament hält in jedem Jahre wenigstens eine Session. Der Gouverneur kann nach eigenem Ermessen beide Häuser prorogiren, eines oder beide zugleich auflösen. Der Kolonialsekretär, der Staatsprokurator, der Schatzmeister und der Auditor haben das Recht, in beiden Häusern zu sitzen und zu sprechen, aber nickt zu stimmen. Gesetzgebung. Alle Geld- und Steuer-Bewilligungen gehen vom Repräsentantenhaus aus. Der Gouverneur kann dessen Beschlüsse genehmigen, oder auch nicht, oder sie bis zur königl. Genehmigung zurücklegen. Aber ein vom Gouverneur genehmigter Beschluß kann binnen 2 Jahren durch eine Ordre von Ihr. Maj. Staatsrath außer Kraft gesetzt werden. Die Verhandlungen werden in englischer Sprache geführt. Reisediäten. Jedes Mitglied des einen oder andern Hauses, das mehr als 10 Meilen vom Versammlungsorte des Parlaments wohnt, erhält täglich 1 Pfd. Reisediäten, und dieselbe Summe täglich während der Sitzungs-Periode und seiner Rückreise.

Der Streit der Maschinenarbeiter mit den großen Firmen in Manchester geht seinen geregelten Weg fort. Beide Parteien haben Büreaus eröffnet, halten Besprechungen und Meetings, und scheinen entschlossen, bis zum Aeußersten auszuhalten. Der Schaden für beide Theile und fürs ganze Geschäft ist ungeheuer. Schon haben einzelne Firmen bedeutende Reugelder zahlen müssen, weil sie versprochene Maschinen zur Zeit nicht abliefern können; andererseits haben sich die meisten Besteller mit der Verzögerung der Lieferungen einverstanden erklärt, um den Arbeitsgebern das Aushalten zu ermöglichen. Das Resultat des Streites dürfte, wie gewöhnlich in solchen Kontroversen, zum Schaden der Arbeiter ausfallen. Am 10. hören 11,000 Hände, die bei 36 Firmen beschäftigt waren, nach vorläufiger Kündigung von Seiten der letzteren zu arbeiten auf.

Vom Lagosfluß ist an die Admiralität die Meldung über ein blutiges Gefecht des dort gegen den Sklavenhandel stationirten britischen Geschwaders mit den Eingebornen eingelaufen, und kann als neuer Beleg gelten, daß der Kampf gegen den Sklavenhandel noch immer England nicht blos ein gutes Stück Geld, sondern auch manchen Soldaten kostet. Im gegenwärtigen Falle handelte es sich um eine freundliche Besprechung mit Sr. Maj. Corcioço vom Lagosflusse. Zu diesem Zwecke bewegte sich ein Theil des Geschwaders mit der weißen Friedensflagge den Fluß hinauf zur Residenz des Königs, wurde jedoch vom Ufer aus mit scharfen Musketenschüssen begrüßt. Dergleichen ließ sich bei der Entfernung vom Ufer ganz gut vertragen, und die Friedensflagge blieb aufgehißt, bis ihr endlich einige kernige Artilleriesalven den Garaus machten. Mittlerweile war auch ein englischer Dampfer, „der Bluthund", auf den Sand aufgefahren, und nun fingen die englischen Boote ihrerseits zu kanoniren an. Der Strand wurde bald verlassen. 160 Mann landeten und drangen mit ihren Offizieren an der Spitze in die Stadt ein; aber hier war der Widerstand zu mächtig; die Truppen erlitten einige Verluste und hatten nur noch Zeit, sich auf den Fluß zurück zu retten, und den „Bluthund" flott zu machen. Se. sandige Majestät ließ ihnen noch einige Schüsse nachschicken, zum Zeichen, daß er eine weitere Unterredung im Interesse der Humanität und der Wilberforceschen Theorie für unerwünscht halte.

Die Untersuchungen in Portsmouth über die vom galaczar Etablissement an die Flotte gelieferten unverwüstlichen Lebensmittel bringen mit jedem

Tage auffälligere Dinge ans Licht. Von 300 Büchsen, à 10 bis 11 Pfd., die gestern geöffnet wurden, enthielt nur eine einzige genießbares Fleisch. Außer den faulenden Abfällen, die in den meisten angehäuft sind, fand man in einer 30pfündigen überdies noch einige guterhaltene Steine. Der Agent und der Kontrahent der Anstalt haben sich, wie es scheint, aus dem Staube gemacht. Leider sind über 4000 Büchsen von 4—32 Pfd. Gehalt schon bezahlt. Gegen 2000 sind noch zu untersuchen. Laut Kontrakt wurde für die vollkommene Genießbarkeit der gelieferten Eßwaaren für die Zeit von 5 Jahren gehaftet.

Mannigfaltiges.

× **Gräfenberg,** 8. Jan. [Interimistikum.] Seit dem Tode des unvergeßlichen Prießnitz, sind wir um keinen Schritt weiter gekommen und haben für ihn noch immer keinen Ersatz. Sein Schwiegersohn, Hr. v. Ujhazy, hat die Erlaubniß zu praktiziren von der Regierung nicht erhalten.

Ein Hr. Dr. Selinger fand bei seiner Unkenntniß der Wasserkur bei den Kurgästen keinen Gefallen und Anhang; er ist sogleich wieder nach Wien zurückgekehrt.

Heute früh fuhr die Familie Prießnitz nach Wien, um dem Kaiser selbst ihr Anliegen vorzutragen; wir sind von der Erfolglosigkeit dieser Reise im Voraus überzeugt.

Am Ende wird ein Hr. Dr. Schindler, der aus Böhmen gekommen, und dort einer Wasser-Heilanstalt seit längerer Zeit vorsteht, an die Stelle Prießnitz treten.

Seit einigen Tagen circulirt eine Vorstellung an das Ministerium des Innern zu Gunsten des Dr. Schindler und ist bereits von Vielen unterzeichnet.

In Gräfenberg sind im Ganzen noch 75, am Tische aber nur 40, in Freiwaldau und in Bömischdorf vielleicht noch 120 Kurgäste.

[Ueber den Brand des Dampfschiffs „Amazon",] dessen wir in der gestrigen Nr. d. Z. bereits gedacht, erfahren wir folgendes Nähere: Das neue Dampfschiff „Amazon", welches verflossenen Freitag erst nach Westindien unter Segel gegangen, ist ein Raub der Flammen geworden. Von 153 Personen, die am Bord waren, sollen nur 21 mit dem Leben davon gekommen sein. Gegen fünfzig Passagiere sind unter der Zahl. Das Dampfschiff fuhr erst Freitag Nachmittag ab, hatte aber im Kaval mit starkem Gegenwinde zu kämpfen. Um ¼ vor 1 Sonntag früh, als das Schiff etwa 110 englische Meilen westsüdwest von Scilly (nicht: Sizilien, wie in der gestrigen Nr. dieser Ztg. fehlerhafter Weise gesetzt worden war) sich befand, brach plötzlich ein Feuer aus, nach vorn an der Steuerbordseite, zwischen dem Dampfkasten und dem untern Theil der Schiffsküche, und nicht lange dauerte es, so stürzten die Flammen den Durchgang hinauf, welcher sich vor dem vordersten Schornstein befindet. Die Allarmglocke ertönte und Kapitän Symons stürzte im Hemde auf das Verdeck. Das Löschen wurde durch die furchtbare Hitze bald unmöglich; der Wind wehte orkanartig von Nordwest und das Schiff machte 8½ Knoten. Kapitän Symons gab den Befehl, das Heu, welches zwischen dem Gitterwerk der Maschinenstube sich befand, über Bord zu werfen; zweimal gelang dieses, allein das Feuer erfaßte das Hauptbündel. Die Schaufelräder geriethen bald selbst in Brand, und was auf dem Verdeck war, mußte sich ins Wasser stürzen, wollte man nicht elendiglich verbrennen. Viele verbrannten in ihren Betten, Andere starben an Erstickung und die Meisten ertranken, als es galt, die Boote herabzulassen und sich in dieselben zu flüchten. Die Brigg Marsden hat die Trauerkunde überbracht, indem sie ein Boot mit etwa zwanzig Geretteten zum Glück in offenem Meere traf und die Schiffbrüchigen aufnahm. Hr. Neilson, einer der Geretteten, erzählt, daß in zehn Minuten das ganze Verdeck in Feuer stand. Ein Boot mit etwa 20 Menschen schlug gleich von den Wogen um und alle fanden ihren Tod, da sie in der Verzweiflung sich noch an einander festgeklammert hielten. Aehnliches Schicksal hatten die andern Boote. Was aus fünf anderen Personen der Mannschaft geworden, die in dem kleinsten Boote sich entfernt, weiß man nicht.

— (Graudenz, 4 Januar.) In Stremboczin, einem Lustorte der Graudenzer, hat sich in der Nacht vom 2. zum 3. d. M. ein Berghügel dicht an der Weichsel abgelöst, auf dem ein großes Wohnhaus stand, und ist mit diesem in den Strom gestürzt. Die Bewohner des Hauses hören in der Nacht ein Knistern und sind der Meinung, daß Diebe einbrechen, stehen auf, finden aber nichts und legen sich ruhig nieder, bald darauf stürzt aber die Wand nach der Weichsel zu ein, die Bewohner haben kaum Zeit, nackend aus dem Bette zu springen und ihr Leben zu retten, denn gleich darauf rollt das ganze Haus mit allem Hab und Gut in die Fluthen der Weichsel hinab.

[Vergleichung der Goldpreise.] Die gestrige Nummer d. Z. bringt unter vorstehender Inhalsangabe einen Artikel, welcher in Folge unrichtigen Satzes unverständlich geworden ist. Wir reproduzirin ihn daher, weil er insofern von großer Wichtigkeit ist, als daraus hervorgeht, daß sich die Befürchtungen, welche der große Goldinflux hier und da hervorgerufen hat, ohne allen Grund sind.

Gold ist gegenwärtig in London $0,_{12}$ pCt. theurer als in Paris; $0,_{41}$ pCt. theurer als in Hamburg und $0,_{67}$ pCt. theurer als in New-York.

---

[52] **Steckbrief.**

Die verehelichte Instrumentenmachergehülfe Dunkel, Karoline geborne Hoffmann, katholische Dissidentin, welche durch Erkenntniß vom 31. Mai d. J., bestätigt durch das Erkenntniß des königlichen Ober-Tribunals vom 8. Oktober d. J. wegen Majestätsbeleidigung zu einjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt worden ist, hat sich der Strafvollstreckung durch heimliche Entfernung von ihrem bisherigen Wohnorte zu entziehen versucht. Es werden daher alle Civil- und Militärbehörden des In- und Auslandes dienstergebenst ersucht, auf die p. Dunkel zu vigiliren, und sie im Betretungsfalle zu verhaften und an uns abliefern zu lassen.

Auch werden Diejenigen, welche von dem Aufenthalte der p. Dunkel Kenntniß haben, aufgefordert, sofort der nächsten Gerichts- oder Polizeibehörde Anzeige zu machen.

Es wird die ungesäumte Erstattung der dadurch entstandenen baaren Auslagen und den Behörden des Auslandes eine gleiche Rechtswillfährigkeit zugesichert.

Ihr Signalement, sowie eine Angabe ihrer Bekleidung kann nicht beigegeben werden.

Breslau, den 8. Januar 1852.
Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung für Straffachen.

[53] **Offener Arrest.**

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Otto Börner hier ist heute der Konkurs-Prozeß eröffnet worden. Es werden daher alle Diejenigen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geldern, Effekten, Waaren und anderen Sachen, oder an Briefschaften hinter sich, oder an denselben schuldige Zahlungen zu leisten haben, hierdurch aufgefordert, weder an ihn, noch an sonst Jemand das Mindeste zu verabfolgen oder zu zahlen, sondern solches dem unterzeichneten Gericht sofort anzuzeigen und die Gelder oder Sachen, wiewohl mit Vorbehalt ihrer Rechte daran, in das stadtgerichtliche Depositum einzuliefern. Wenn diesem offenen Arreste zuwider dennoch an den Gemeinschuldner oder sonst Jemand etwas gezahlt oder ausgeantwortet würde, so wird solches für nicht geschehen geachtet und zum Besten der Masse anderweit beigetrieben werden. Wer aber etwas verschweigt oder zurückhält, der soll außerdem noch seines Unterpfands oder anderen Rechts daran gänzlich verlustig gehen.

Breslau, den 6. Januar 1852.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[231] **Fremdenliste von Zettlitz Hôtel.**
Landrath v. Lieres aus Plohmühle. Gutsbes. Schaffhausen a. Haidanichen. Oberamtm. Braun aus Rothschloß. Oberamtm. Sydow aus Przelzin. Rittergutsbes. Hufeland a. Marksdorf. Kfm. Thorand aus Stettin. Gutsbes. v. Ledebuhr aus Schönfeld. Partik. Neumann aus Berlin.

Markt-Preise.

Breslau am 12. Januar

	feinste,	feine,	mit.,	ordin. Waare.
Weißer Weizen	71	69	63	56 Sgr.
Gelber dito	69	68	64	57
Roggen	65	63	60	55
Gerste	46	44	41	40
Hafer	31	30	28	26
Erbsen	60	57	55	53
Rothe Kleesaat	—	15	12⅓	10½
Weiße Kleesaat	12¼	11⅓	10¼	8—9 Rtlr.
Spiritus	$12\frac{7}{12}$ Rtlr. Gl.			

Die von der Handelskammer eingesetzte Marktkommission.

Börsenberichte.

Berlin, 10. Jan. Die Börse war sehr geschäftslos und im Allgemeinen etwas matter, nur in mecklenburger Eisenbahn-Aktien zu den gestrigen Coursen lebhafter Verkehr.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 109½ à 109 bez. u. Br., Prior. 4½ % 103½ Br., 5 % 104¼ Br. Krak.-Oberschl. 84½ Br., 4 % — — Fr.-Wilh.-Nordb. 4 % 40⅜ à 40 bez. u. Br., Prior. 5 % 100¼ Br. Niederschl.-Märk. 3½ % 92 bez. u. Br., Prior. 4 % 98½ bez., Prior. 4½ % 102 bez. u. Br., 5 % Serie III. Prior. 101¾ bez. u. Gl., Prior. Serie IV. 5 % 104 bez. Niederschl.-Märk. Zweigb. 4 % 31 bez., Oberschl. Litt. A. 3½ % 136¼ à 136 bez., Litt. B. 3½ % 122½ Br. 122 Gl. Rheinische 69 Br. Stargard-Pos. 88 Br. 87¾ Gl. Geld- u. Fonds-Course. Freiw. St.-Anleihe 5 % 103¼ bez. St.-Anleihe 1850 4½ % 103 Br., dto. von 1852 101⅝ bez. u. Br. St.-Schuld.-Sch. 3½ % 89⅛ bez. Seehandl.-Präm.-Sch. 121 bez. Pos. Pfdbr. 4 % 104 Gl., 3½ % 95¼ bez. Preuß. Bank-Antheil-Sch. 100⅝ à ⅜ bez. u. Br. Poln. Pfdbr. alte — — Poln. Part.-Obligat. à 500 Fl. 4 % 85¾ bez., à 300 Fl. 144 Br.

Wien, 10. Jan. Fonds anfangs matt, schließen fester. Lombardische Anlehen besser begehrt, ebenso Linz-Budweiser Eisenbahn-Aktien und Nordbahnaktien, letztere in Folge eines brillanten Monatsausweises von 155¾ bis 57 gestiegen. Komptanten unverändert. Wechsel wieder etwas höher gesucht. London von 11. 58 bis 12. 2 gemacht.

5 % Metall. 96, 4½ % 84⅞; Nordb. 157; Hamburg 2 Monat 178¾; London 3 Monat 12 — 12, 1; Silber 22.

Redakteur und Verleger: H. Barth in Breslau. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.